

DOKUMENTATION UND ANALYSEN

Die niedersächsische Landtagswahl vom 20. Januar 2013: Hauchdünne Mehrheit für neues rot-grünes Regierungsbündnis

Holger Meyer und Ferdinand Müller-Rommel

1. Die Ausgangslage

Niedersachsen ist weder ein Kernland der Sozialdemokratie noch der Christdemokraten. Vielmehr fand in den vergangenen Jahrzehnten ein regelmäßiger Wechsel zwischen sozialdemokratisch und konservativ geführten Regierungen statt, was in der Demokratieforschung als ein klares Zeichen für ein gut funktionierendes demokratisches System bewertet wird. So verlor die SPD-Alleinregierung unter Führung von Ministerpräsident *Sigmar Gabriel* im Zuge der Landtagswahl vom 2. Februar 2003 die Macht und wurde durch eine christlich-liberale Koalition abgelöst, an deren Spitze Ministerpräsident *Christian Wulff* stand.¹ Trotz erlittener Verluste bei der Landtagswahl 2008 blieb die CDU mit 42,5 Prozent die stärkste politische Kraft und konnte die Koalition mit den Liberalen fortsetzen, die 8,2 Prozent der Stimmen errangen.² Die so bestätigte schwarz-gelbe Landesregierung erfuhr am 1. Juli 2010 einen Wechsel in der Position des Ministerpräsidenten. Auf *Christian Wulff*, der am Tag zuvor in der Bundesversammlung im dritten Wahlgang zum zehnten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt worden war, folgte *David McAllister*, der seit dem 4. Februar 2003 das Amt des CDU-Fraktionsvorsitzenden im niedersächsischen Landtag bekleidet hatte. Durch diesen Wechsel stellte sich zwangsläufig die Frage, ob es dem neuen Amtsinhaber gelänge, das „ererbte“ Amt des Ministerpräsidenten durch einen eigenen Wahlsieg und die Fortsetzung der schwarz-gelben Koalition verteidigen zu können.

1.1. Bundespolitische Faktoren

Neuere empirisch fundierte Erkenntnisse aus der Wahlforschung bestätigen, dass Landtagswahlen nicht allein vor dem Hintergrund landespolitischer Einflüsse entschieden werden, sondern auch von der bundespolitischen Entwicklung abhängig sind.³ Für Niedersachsen wurde dieser Beweis insbesondere im Hinblick auf die im personalisierten Verhältniswahlrecht relevantere Zweitstimme durch die quantitative Analyse von Individual- und Aggrega-

- 1 Vgl. *Ferdinand Müller-Rommel*, Die niedersächsische Landtagswahl vom 2. Februar 2003: „Denkzettel“ für Berlin, in: ZParl, 34. Jg. (2003), H. 4, S. 689 –701.
- 2 Vgl. *Ralf Tils / Thomas Saretzki*, Die niedersächsische Landtagswahl vom 27. Januar 2008: Popularität, Wahlstrategie und Oppositionsschwäche sichern Ministerpräsident Christian Wulff die schwarz-gelbe Mehrheit, in: ZParl, 39. Jg. (2008), H. 2, S. 282 – 299.
- 3 Vgl. *Kerstin Völk*, Reine Landtagswahlen oder regionale Bundestagswahlen? Eine Untersuchung des Abstimmungsverhaltens bei Landtagswahlen 1990-2006, Baden-Baden 2009.

gatdaten erbracht.⁴ Diese Ergebnisse komplexer Regressionsmodelle werden durch spezifische Wahlsituationen in der Vergangenheit bestätigt. So kann die Wahl *Gerhard Schröders* zum niedersächsischen Ministerpräsidenten im Jahr 1998, die dieser selbst zu einer Entscheidung über seine Kanzlerkandidatur hochstilisierte, als vorgezogene bundespolitische Abwahlentscheidung für die mehr als 16 Jahre im Amt befindliche Regierung *Helmut Kohls* gelten. Gleiches ist auch für die hohe Niederlage *Sigmar Gabrels* im Jahr 2003 anzunehmen, der für den schlechten Start der im Jahr 2002 knapp wiedergewählten Bundesregierung unter Kanzler *Gerhard Schröder* abgestraft wurde.⁵ Auch die niedersächsische Landtagswahl vom 20. Januar 2013 stand unter erheblichem bundespolitischen Einfluss. Dies war nicht zuletzt der Situation geschuldet, dass diese als maßgebliche Wahlentscheidung vor der Bundestagswahl am 22. September 2013 gelten sollte.

Wegen Abstimmungsproblemen, Pannen und politischen Kehrtwenden von Bundeskanzlerin *Angela Merkel* nach der Bundestagswahl 2009 fiel die Regierungszufriedenheit der Deutschen mit der Bundesregierung Mitte des Jahres 2010 auf den historisch niedrigen Wert von zwölf Prozent.⁶ Obwohl sich dieser deprimierende Wert für die Arbeit der Bundesregierung bis zum Januar 2013 kontinuierlich auf 39 Prozent verbesserte⁷, gelang seit der Bundestagswahl 2009 keiner christlich-liberalen Landesregierung die Wiederwahl geschweige denn die Rückeroberung eines Bundeslandes. So gingen auch die der niedersächsischen Landtagswahl vorgeschalteten Wahlen in Schleswig-Holstein am 6. Mai 2012 und in Nordrhein-Westfalen am 13. Mai 2012 verloren.⁸ In beiden Ländern regieren seitdem rot-grüne Koalitionen. Um diesen Trend aufzufangen, unterstützte *Angela Merkel* ihren Parteifreund *McAllister* im Wahlkampf nach Kräften mit ihren hohen eigenen Sympathiewerten, die sie sich nicht zuletzt durch die Bewältigung der Euro-Krise erworben hatte.⁹ Insgesamt nahm sie an sechs Wahlkampfterminen in Niedersachsen teil.

Von einem solchen bundespolitischen Rückenwind konnte der SPD-Herausforderer *Stephan Weil* nicht profitieren. Während die CDU auf Bundesebene ihr Abschneiden bei der „Sonntagsfrage“ von 33 Prozent im Mai 2012 auf bis zu 40 Prozent zur Jahreswende 2012/2013 verbessern konnte, gelang es der SPD nicht annähernd, diese Werte zu erreichen.¹⁰ Stattdessen verharren die Sozialdemokraten bei den bundesweiten Sympathiewerten

4 Vgl. *Evelyn Bytzek / Susumu Shikano*, Zwei Stimmen als Ausweg aus schwierigen Entscheidungen bei Landtagswahlen? Eine Analyse der niedersächsischen Landtagswahlen, in: *Kerstin Völk* (Hrsg.), Wähler und Landtagswahlen in der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 2008, S. 175 – 217.

5 Vgl. *Ferdinand Müller-Rommel*, a.a.O. (Fn. 1).

6 Vgl. Infratest Dimap, Regierungszufriedenheit Bundesregierung. ARD Deutschlandtrend, <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/regierungszufriedenheit/> (Abruf am 5. Mai 2013).

7 Vgl. ebenda.

8 Vgl. *Patrick Horst*, Die schleswig-holsteinische Landtagswahl vom 6. Mai 2012: SPD, Grüne und SSW bilden erste Dänen-Ampel, in: ZParl, 43. Jg. (2012), H. 3, S. 524 – 543; *Stefan Bajohr*, Die nordrhein-westfälische Landtagswahl vom 13. Mai 2012: Von der Minderheit zur Mehrheit, in: ZParl, 43. Jg. (2012), H. 3, S. 543 – 563.

9 Vgl. *Klaus Wallbaum*, Diese zwei verstehen sich bestens. Merkel und McAllister heizen der CDU für den Wahlkampfendspurt ein, in: Hannoversche Allgemeine Zeitung vom 7. Januar 2013, S. 5.

10 Vgl. Infratest Dimap, Sonntagsfrage. ARD Deutschlandtrend, <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/sonntagsfrage/> (Abruf am 5. Mai 2013).

von Sommer bis zum Jahresende 2012 zwischen 28 und 31 Prozent. Erschwert wurde die Lage für die niedersächsische SPD durch den Kanzlerkandidaten *Peer Steinbrück*, der hohe Vortragshonorare vereinnahmt hatte, Ex-Mitarbeiter von Hedgefonds beschäftigte und missliche Äußerungen über das Kanzlergehalt und die Preise trinkbarer Weine tätigte.

In der FDP führte die andauernde und heftig ausgetragene offene Debatte um den Bundesparteivorsitzenden zu einem spürbaren Gegenwind für die niedersächsischen Freidemokraten. Nach den unerwarteten Wahlerfolgen der schleswig-holsteinischen und nordrhein-westfälischen Spitzenkandidaten *Wolfgang Kubicki* und *Christian Lindner*, die sich erfolgreich gegen den Abwärtstrend der Bundespartei stellten und den gefährdeten Wiedereinzug in die beiden Landtage schafften, schien es nur eine Frage der Zeit zu sein, wann der Bundesvorsitzende und Niedersachse *Philipp Rösler* von der Parteispitze gestürzt werden würde. Ange-sicht des desaströsen Zustandes der Bundespartei musste der niedersächsische FDP-Chef und Umweltminister *Stefan Birkner* befürchten, dass nach der Kommunalwahl 2011 die Liberalen im Lande erneut für das schlechte Erscheinungsbild der Bundespartei abgestraft würden. Diese Befürchtung wurde durch die Umfragen des Jahres 2012 kontinuierlich bestätigt, denn seit Jahresbeginn sah keine einzige den Wiedereinzug der FDP in den Landtag in Hannover als gesichert an.¹¹

Die niedersächsischen Parteianhänger von Bündnis 90/Die Grünen erhielten hingegen gleich mehrfach Unterstützung von der Bundesebene. So befügelte nicht nur die Wahl von *Fritz Kuhn* zum ersten grünen Oberbürgermeister von Stuttgart am 21. Oktober 2012 die Landespartei. Auch die im Ergebnis überraschende Urwahl der grünen Spitzenkandidaten *Jürgen Trittin* und *Katrin Göring-Eckardt* für die Bundestagswahl 2013 trugen dazu bei, den Grünen Auftrieb zu verschaffen. Hinzu kamen gute Umfragewerte auf Bundesebene, bei denen die Partei kontinuierlich bei rund 15 Prozent pendelte.

Die Linke hatte hingegen deutlich andere Ausgangsbedingungen. Sie hatte es nicht verstanden, aus der internationalen Finanzkrise elektoralen Profit zu schlagen. Ferner hatten die niedersächsischen Linken mit dem sukzessiven Abwärtstrend der eigenen Partei bei den vorausgegangenen Landtagswahlen in anderen Bundesländern zu kämpfen.¹² So scheiterten sie in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen an der Fünfprozenthürde, was die Mobilisierung des Wählerpotentials deutlich erschwerte.

Auch die Piraten-Partei litt unter dem negativen Bundestrend im Januar 2013. Nach sensationellen Erfolgen bei Landtagswahlen in Berlin (2011), im Saarland, in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen (alle 2012) versanken die Piraten in internen Streitigkeiten, bei denen es um rechtsradikale Mitglieder, Sexismus oder um Einzelpersonen wie den Lebensstil des politischen Geschäftsführers der Partei, *Johannes Ponader*, ging.¹³

11 Vgl. election.de, Umfragen zur Landtagswahl Niedersachsen, http://www.election.de/cgi-bin/showpoll.pl?name=ltw_ns&display=all (Abruf am 5. Mai 2013).

12 Vgl. *Timo Brücken / Björn Hengst*, Linke schrumpft zur Ostpartei. Wahlpleite in Niedersachsen, in: Spiegel online vom 21. Januar 2013, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/die-linke-leidet-unter-ihrer-wahlpleite-im-westen-a-878838.html> (Abruf am 9. Mai 2013).

13 Vgl. *Holger Onken / Sebastian H. Schneider*, Entern, kentern oder auflaufen? Zu den Aussichten der Piratenpartei im deutschen Parteiensystem, in: ZParl, 43. Jg. (2013), H. 3, S. 609 – 625.

1.2. Landespolitische Faktoren

Seit seinem Amtsantritt Mitte des Jahres 2010 konnte Ministerpräsident *David McAllister* bei Meinungsumfragen über die Zufriedenheit der Wähler mit der Arbeit der niedersächsischen Landesregierung kontinuierlich hohe Werte vorweisen, die sogar von 52 Prozent im November 2012 auf 53 im Dezember 2012 und zuletzt 58 Prozent im Januar 2013 anstiegen.¹⁴ Diese Werte korrespondierten mit der politischen Grundstimmung im Bundesland, nach der seit Oktober 2006 eine Mehrheit von 50 Prozent bis 60 Prozent der Niedersachsen zuversichtlich in die Zukunft blickte. Mit 59 Prozent lag dieser Wert im Januar 2013 ähnlich hoch wie kurz vor der Wiederwahl der Regierung *Wulff* im Januar 2008 (60 Prozent). Einschränkend ist jedoch anzumerken, dass die hohe Zufriedenheit der Niedersachsen mit der Landesregierung maßgeblich auf die Arbeit der Regierungspartei CDU zurückzuführen ist, denn mit den Leistungen des kleineren Koalitionspartners waren die Wähler keineswegs einverstanden. Schon seit Mai 2011 wurde die FDP dauerhaft mit sehr hohen negativen Werten belegt. Zuletzt waren im Dezember 2012 76 Prozent der Befragten mit ihrer Regierungsarbeit wenig oder gar nicht zufrieden.¹⁵

Weiteres Ungemach drohte *David McAllister* von seinem einstigen politischen Ziehvater *Christian Wulff*, der sein Amt am 16. Februar 2012 aufgab und als Bundespräsident mit der kürzesten Amtszeit in die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland eingehen sollte. Sein Rücktritt resultierte aus Gründen, die zeitlich in seine zweite Amtszeit als niedersächsischer Ministerpräsident fallen.¹⁶ *McAllister* musste vor dem Hintergrund seiner Nähe zu *Wulff* befürchten, in die Affären seines Amtsvorgängers mit hineingezogen zu werden, zumal in den Medien dazu lange Zeit umfänglich berichtet wurde.

Jenseits dieser Altlasten gelang es dem Ministerpräsidenten gemeinsam mit seinem Kultusminister *Bernd Althusmann* den jahrelang schwelenden Schulstreit weitgehend zu befrieden.¹⁷ Mit dem Modell, Real- und Hauptschulen in Oberschulen aufzugehen zu lassen, eröffnete die CDU eine geschickte schulpolitische Umarmungsstrategie in Richtung SPD und Grüne, der sich beide Oppositionsparteien nur schwerlich entziehen konnten.

Weniger politisches Geschick hingegen bewies die schwarz-gelbe Landesregierung in Fragen der Studiengebühren, Abschiebepolitik und Massentierhaltung. So hielt Niedersachsen noch als letztes Bundesland an den Studiengebühren fest, obwohl sich auch in Bayern deren Ende im Zuge eines drohenden Volksentscheides abzeichnete und die CSU angesichts des

14 Vgl. Infratest Dimap, LänderTrend. Niedersachsen Januar 2013 im Auftrag des NDR, <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/niedersachsen/laendertrend/2013/januar/> (Abruf am 9. Mai 2013).

15 Vgl. dies., LänderTrend. Niedersachsen Dezember 2012 im Auftrag des NDR, <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/niedersachsen/laendertrend/2012/dezember/> (Abruf am 9. Mai 2013).

16 Vgl. *Peter Wütherich*, Jahrestag Rücktritt Christian Wulff – Ein Bundespräsident im freien Fall, in: stern.de vom 16. Februar 2013, <http://www.stern.de/politik/deutschland/jahrestag-ruecktritt-christian-wulff-ein-bundespraesident-im-freien-fall-1972389.html>; *Malte Kreutzfeld*, Neues aus der niedersächsischen Provinz – Belohnte Wulff fleißige Unterstützer?, in: taz.de vom 5. Januar 2012, <http://www.taz.de/!85031> (beide Abruf am 9. Mai 2013).

17 Vgl. *Burkhard Ewert*, Positive Signale aus der SPD – McAllister wirbt für „Schulfrieden“, in: Neue Osnabrücker Zeitung online vom 1. November 2010, <http://www.noz.de/deutschland-und-welt/politik/niedersachsen/48799889/mcallister-wirbt-fuer-schulfrieden> (Abruf am 9. Mai 2013).

eigenen näher rückenden Wahltermins im Herbst 2013 einzulenden begann. Auch bei Asylantenabschiebungen verfolgte die schwarz-gelbe Koalition in Hannover im Bundesländervergleich eine sehr rigide Politik, die namentlich mit dem Innenminister *Uwe Schünemann* in Verbindung gebracht wurde. Eine weitere Angriffsfläche für die niedersächsische Opposition bildete die einseitige agrarpolitische Ausrichtung der Landesregierung, die auf uneingeschränktes Größenwachstum, agrarindustrielle Produktionsweisen und geringe Umwelt- und Tierschutzauflagen setzte.

Trotz dieser spezifischen und konfliktträchtigen politischen Einzelthemen gelang es der CDU bei den parteipolitischen Kompetenzprofilen in weiten Bereichen zu überzeugen. Umfragen unmittelbar im Vorfeld der Wahl ergaben, dass die Wähler im Vergleich der beiden großen Parteien der CDU die höheren Kompetenzwerte bei der Lösung der Probleme im Bereich „Arbeitsplätze“ (38 Prozent), „Wirtschaft“ (45 Prozent), „Finanzen“ (44 Prozent) und „Energie“ (26 Prozent) zuwiesen. Hingegen konnte die SPD nur bei ihren Kernthemen „Schule/Bildung“ (36 Prozent), „Familie“ (33 Prozent) und „soziale Gerechtigkeit“ (40 Prozent) punkten.¹⁸ Im direkten Vergleich der Spitzenkandidaten profitierte *David McAllister* eindeutig vom Bonus des Amtsinhabers. Bei einer Direktwahl des Ministerpräsidenten hätte er die Wahl mit 49 Prozent Zustimmung eindeutig gewonnen, wobei es seinem Herausforderer *Stephan Weil* gelang, seinen Wert von 30 Prozent im Oktober 2012 kontinuierlich auf 34 Prozent im Januar 2013 zu verbessern.¹⁹

Die hohen Zustimmungswerte für die Regierungspartei CDU und den Amtsinhaber *David McAllister* wurde von einer gewissen, keinesfalls aber eindeutigen Wechselstimmung begleitet. So gab es seit Januar 2012 und damit erstmalig nach elf Jahren eine leichte Präferenz für eine SPD-geführte Landesregierung in der Wählerschaft. Diese Wechselstimmung sollte mit 49 zu 42 Prozent zugunsten der SPD ihren Höhepunkt im Dezember 2012 erreichen. Im Januar 2013 nahm sie jedoch wieder merklich ab, und beide Parteien rangierten hinsichtlich der Frage, wer die Regierung führen solle, mit 43 Prozent für die SPD und 42 Prozent für die CDU nahezu gleichauf.²⁰

2. Der Wahlkampf

Die zeitliche Festlegung der Landtagswahl auf den Januar 2013 hatte zwei wichtige Folgen: Erstens kam es wie bei den Wahlen 2003 und 2008 zu einem „Winterwahlkampf“, der an die Parteiapparate insbesondere mit Blick auf wichtige individuelle Wählerkontakte beispielsweise an Wahlständen, bei Hausbesuchen oder Wahlkampfveranstaltungen in der Fläche erhöhte Anforderungen stellt und die Mobilisierung bestimmter Wählergruppen erschwert. Zweitens führte diese späte Terminsetzung dazu, dass die heiße Wahlkampfphase erst nach den Weihnachtsfeiertagen mit Ablauf der zwischen den großen Parteien vereinbarten „Friedenspflicht“ am 27. Dezember 2012 begann.²¹ Dadurch sollte sich auch der bun-

18 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen e.V., Landtagswahl in Niedersachsen 20. Januar 2013 – Blitzumfrage, Mannheim 2013.

19 Vgl. Infratest Dimap, a.a.O. (Fn. 14).

20 Vgl. ebenda.

21 Vgl. *Teresa Havlicek*, Wahlkampf in Niedersachsen – Startschuss zum Endspurt, in: taz.de vom 26. Dezember 2012, <http://www.taz.de/!108060/> (Abruf am 9. Mai 2013).

desweit zu beobachtende Trend hin zu kurzen und intensiven Wahlkämpfen fortsetzen. Dabei wurde der vom rot-grünen Lager seit Mitte 2012 sicher geglaubte Sieg immer unster, und der Wahlkampf entwickelte sich zu einem echten „Kopf-an-Kopf-Rennen“, als die Demoskopen den Wiedereinzug der FDP in den Landtag kurz vor dem Wahltermin als wahrscheinlich ansahen.

Die CDU ging mit ihrem Spitzenkandidaten *McAllister* beflogt durch seine hohen Popularitätswerte in einen stark personalisierten Wahlkampf. In Anspielung auf seine schottische Wurzeln wurde eine moderne und frische Kampagne im amerikanisch-schottischen Stil mit dem Slogan „I'M A MAC“ entworfen.²² Inhaltlich ging es darum, eine Erfolgsbilanz der schwarz-gelben Landesregierung vorzulegen. Auf dieser Grundlage sollten die niedersächsischen Wähler überzeugt werden, der bewährten Koalition aus CDU und FDP auch in der kommenden Wahlperiode den Regierungsauftrag zu erteilen. Dazu stellte die CDU-Landtagsfraktion in einer politisch sehr geschickten Rollenverteilung ab Mai 2012 sieben Kleine Anfragen zu zentralen Themen wie der Schul- oder Arbeitsmarktpolitik.²³ Dieser strategische Ansatz erlaubte es der Landesregierung einerseits, ihre Leistungen in den Vordergrund zu stellen, und andererseits, den Abgeordneten der Regierungsfraktionen wichtige Informationen und Daten aus dem Regierungsapparat an die Hand zu geben, die von den jeweiligen Landtagsabgeordneten gezielt im Wahlkampf eingesetzt werden konnten. Damit war das Grundmuster des CDU-Wahlkampfes gelegt: Dem Format nach wurde auf eine moderne und auf den Spitzenkandidaten zugeschnittene Wahlkampagne gesetzt, die in der inhaltlichen Ausprägung an den Harmoniewahlkampf 2008 der CDU anknüpfte. Die strategische Ausrichtung, eine direkte Konfrontation mit dem politischen Gegner und eine thematische Polarisierung zu vermeiden, erforderte vom Spitzenkandidaten eine enorme Disziplin, die er bereits erlernt hatte, als er vom angriffslustigen Fraktionsvorsitzenden in das Amt des Regierungschefs gewechselt war.

Eindeutiges politisches Ziel der SPD war es, die zehnjährige Regierungszeit der schwarz-gelben Koalition in Hannover zu beenden. Welche personelle Alternative als Spitzenkandidat die SPD für dieses Unterfangen aufzubieten hatte, war über lange Zeit hinweg unklar. So stand der ehemalige *Wulff*-Herausforderer *Wolfgang Jüttner* schon aus Altersgründen nicht für einen erneuten Anlauf zur Verfügung. Bereits im Juni 2010 gab er das Amt des SPD-Fraktionsvorsitzenden an *Stefan Schostok* ab. Noch vor Bekanntgabe des offiziellen Wahlermins durch die Landesregierung am 24. Oktober 2011 verkündete der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und SPD-Landesvorsitzende *Olaf Lies* am 16. September 2011, dass er die Spitzenkandidatur der niedersächsischen SPD für die Landtagswahl 2013 anstrebe. Zwei Tage später bewarb sich auch der Hannoveraner Oberbürgermeister *Stephan Weil* für diese Position. Aus den beiden Bewerbungen erwuchs ein parteiinterner Nominierungswettbewerb mit sieben Regionalkonferenzen, die im November 2011 stattfanden. Im Sinne US-amerikanischer „primaries“ nutzte die SPD diese parteiinterne Vorauswahl, um Kandidaten

22 Vgl. dapd, „I'm a Mac“ als Anstecker und Gartenplakat – Niedersachsens CDU startet amerikanisch-schottischen Wahlkampf, in: Die Welt online vom 10. Oktober 2012, <http://www.welt.de/newsicker/news3/article109745164/Im-a-Mac-als-Anstecker-und-Gartenplakat.html> (Abruf am 9. Mai 2013).

23 Vgl. Niedersächsischer Landtag, Kleine Anfrage mit Antwort, Drucksache 16/5062, Entwicklung und Perspektiven der niedersächsischen Schulpolitik, Hannover 2012.

und Programm bereits vor dem eigentlichen Wahlkampf bekannt zu machen.²⁴ In einem Mitgliederentscheid am 27. November 2011 stimmten schließlich 53,3 Prozent für den von der Parteiführung favorisierten *Weil*. Mit 46,1 Prozent erzielte *Lies* einen Achtungserfolg, der ihm im Falle des Wahlsieges eine herausgehobene Position auf Landesebene sichern würde.

In der Vorwahlkampfphase ab Januar 2012 lag das Hauptaugenmerk der SPD darauf, den Bekanntheitsgrad des Spitzenkandidaten *Weil* zu erhöhen, der jenseits der Stadtgrenzen Hannovers weitgehend unbekannt war. So legte *Weil* rund 35.000 Kilometer per Auto im Land zurück und schaffte es, seine Bekanntheit von ehemals 30 Prozent zu Beginn seiner Kandidatur auf 65 Prozent zum Zeitpunkt der Wahl zu steigern.²⁵ Im September und Oktober 2012 stellte der Spitzenkandidat das zehnköpfige „Team *Weil*“ als potenzielle SPD-Regierungsmannschaft vor, das erstmals paritätisch mit Männern und Frauen besetzt war und somit auch die Gleichberechtigungsfrage mit Blick auf die für die SPD wichtige weibliche Wählerschaft positiv beantwortete. Den politischen Führungsanspruch unterstrich die Partei dadurch, dass wie im Jahr 2008 kein Wahl-, sondern ein Regierungsprogramm aufgelegt wurde. Die Sozialdemokraten nutzten das Internet für den Wahlkampf umfänglich in Form täglicher kurzer politischer Grußbotschaften auf YouTube und boten auch eine spezielle App an, mit der Smartphonenuutzer von Plakaten kurze Audioclips aus dem Netz herunterladen konnten. Um den vermeintlich fehlenden Glamour-Faktor des Kandidaten und seines Teams auszugleichen, wurde *Doris Schröder-Köpf*, die Ehefrau des Altkanzlers *Gerhard Schröder*, am 14. November 2012 als Integrationsbeauftragte in das Team *Weil* berufen, während der Altkanzler selbst in Radiospots für *Weil* warb.

Der Wahlkampf der FDP war durch die schlechten Umfrageergebnisse für die Partei auf Bundes- wie auf Landesebene belastet. Bis weit in den Januar 2013 hinein erschien der Wiedereinzug in den Landtag, nicht zuletzt durch die Zerwürfnisse in der Führungsebene der Bundespartei, gefährdet. Diese Dauer-Personalquereien ließen es nicht zu, dass den eigentlichen Sachbotschaften der Liberalen – „Schuldenabbau“, „bezahlbare Energiepreise“, „dreigliedriges Schulsystem“ und „Mittelstandsförderung“ – hinreichend mediales Gehör geschenkt wurde. Zudem erschien der Spitzenkandidat *Stefan Birkner* in der medialen Darstellung blass und konturlos. Mit den schleswig-holsteinischen und nordrhein-westfälischen FDP-Größen *Wolfgang Kubicki* und *Christian Lindner* konnte er keineswegs mithalten.²⁶ Wie in einer Schicksalsgemeinschaft mit der CDU verbunden, musste die FDP dennoch auf eine Zweitstimmenkampagne zu Lasten der Union setzen, um den Wiedereinzug in den Niedersächsischen Landtag zu schaffen. Gleichfalls erkannte die CDU in diesem klaren Lagerwahlkampf, dass sie die Regierungsgeschäfte nur mit der FDP würde fortsetzen können. Mit Blick auf die Frage, ob sie der FDP Leihstimmen zukommen lassen sollte, gab es widersprüchliche Signale. Während der Hannoveraner CDU-Abgeordnete *Rainer Beckmann*

24 Vgl. *Eva Stern / Jürgen Graner*, It's the Candidate, Stupid? Personalisierung der bundesdeutschen Wahlkämpfe, in: *Thomas Berg* (Hrsg.), *Moderner Wahlkampf. Blick hinter die Kulissen*, Opladen 2002, S. 145 – 170.

25 Vgl. *Armin Lehmann*, Wahl in Niedersachsen – Aus der Deckung, in: *Tagesspiegel* online vom 5. Januar 2013, <http://www.tagesspiegel.de/zeitung/wahl-in-niedersachsen-aus-der-deckung/7590330.html> (Abruf am 9. Mai 2013).

26 Vgl. *Peter Mlodoch*, Vor der Niedersachsen-Wahl – FDP: Nerven liegen blank, in: *Weser-Kurier* online vom 9. Januar 2013, http://www.weser-kurier.de/region/niedersachsen/landtagswahl_artikel,-FDP-Nerven-liegen-blank-_arid,471324.html (Abruf am 9. Mai 2013).

öffentlich dazu aufrief, mit der Zweitstimme FDP zu wählen, und dafür von der Parteiführung gerügt wurde, spekulierte der Regierungschef auf dem Neujahrsempfang der Partei am 3. Januar 2013 in Hannover selbst über Leihstimmen für die Liberalen. Zudem besuchte er den Kleinen FDP-Parteitag eine Woche vor dem Wahltermin in Verden, um den Schulterschluss erneut zu bekräftigen.²⁷

Getragen von sehr guten Umfrageergebnissen traten die Grünen den Wahlkampf mit der klaren Botschaft an, gemeinsam mit der SPD die schwarz-gelbe Landesregierung vollständig abzulösen und drittstärkste Partei im Landtag zu werden. Diesen Anspruch bekräftigten auch die beiden Wahlslogans „Mach's möglich“ und „Wechselt wirkt“.²⁸ Dabei konzentrierten sich Bündnis 90/Die Grünen mit ihrer Doppelspitze, der Parteivorsitzenden *Anja Piel* und dem Fraktionsvorsitzenden *Stefan Wenzel*, nicht nur auf die klassischen Parteithemen, sondern offenbarten auch ein bildungs- und sozialpolitisches Profil. Sie forderten unisono mit der SPD im Landtag, Gorleben von vornherein als Standort für ein atomares Endlager auszuschließen, wohlwissend, dass dadurch eine Kompromisslösung mit dem Bund und anderen Ländern in der atomaren Endlagerfrage erschwert würde. Diente im Wahlkampf 2008 der damals noch amtierende Umweltminister *Hans-Heinrich Sander* als eine willkommene Zielscheibe, so erschien dessen Nachfolger *Stefan Birkner*, der am 17. Januar 2012 das Amt von diesem übernahm, in seiner Klima- und Energiepolitik sehr viel moderater und für eine direkte Konfrontation ungeeigneter. Dementsprechend verlagerten die Grünen den Wahlkampf einerseits auf die ökologischen und tierschützerischen Missstände im Bereich der schwarz-gelben Landwirtschaftspolitik und andererseits auf die harte Asylpolitik des Innenministers. In beiden Themenfeldern erlangten Bündnis 90/Die Grünen hohe Kompetenzwerte und übertrafen die Sozialdemokraten, zumal der Wahlkampf durch die mediale Aufbereitung von Tierschutzskandalen und konkreten Härtefällen bei Abschiebungen befeuert wurde.

Um sich in Hannover den Wiedereinzug ins Parlament zu sichern und sich dem Trend des Ausscheidens aus den Landtagen Westdeutschlands entgegenzustellen, versuchte Die Linke, ihr Image einer „Anti-Hartz-IV“ und „Anti-SPD-Partei“ durch positive Botschaften zu verändern. So plakatierte sie beispielsweise den Slogan „Statt Spekulanten Kinder beschenken“. Ein eigenes niedersächsisches Profil konnte jedoch weder der Spitzenkandidat *Manfred Sohn* noch die Partei insgesamt erlangen. Stattdessen setzte man auf bundespolitische Zugpferde wie *Sahra Wagenknecht*, die als Hauptfigur im Wahlkampf-Spot auftrat und eine massive Erhöhung der Spitzensätze bei der Einkommenssteuer auf 53 Prozent forderte.²⁹

Noch desaströser als bei der Linkspartei gestaltete sich der Wahlkampf der Piraten. Sie vermochten es nicht, konkrete politische Antworten auf aktuelle Fragen wie Euro-Krise oder Landwirtschaftspolitik zu geben. Inhaltliche Leerstellen aufgrund eines fehlenden bundespolitischen Grundsatzprogramms und utopische Wahlversprechen ohne reale Finanzierungsgrundlage versuchte die Piraten-Partei durch Werbeideen zu kompensieren. So nannte sie sich im Wahlkampf offensiv „Ideenkopierer“ und kupferte auf ihren Plakaten die unverkennbare Werbung großer Marken ab, ohne programmatiche Aussagen zu treffen.

27 Vgl. „CDU und FDP rücken vor der Wahl zusammen“, in: Die Welt online vom 14. Januar 2013, http://www.welt.de/print/die_welt/hamburg/article112743393/CDU-und-FDP-ruecken-vor-der-Wahl-zusammen.html#disqus_thread (Abruf am 9. Mai 2013).

28 Vgl. *Teresa Havlicek*, a.a.O. (Fn. 21).

29 Vgl. *Heiko Randermann*, Wagenknecht will Steuern wie zu Kohls Zeiten erheben, in: Neue Presse am 15. Dezember 2012.

3. Das Wahlergebnis

Am Abend der Landtagswahl war lange nicht klar, welche Parteien die Regierungsgeschäfte übernehmen würden. Bis 23 Uhr war es ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen dem rot-grünen und dem schwarz-gelben Lager. Schließlich gingen SPD und Bündnis 90/Die Grünen knapp als Sieger hervor, mit einer Mehrheit von lediglich 12.372 bei insgesamt rund 3,5 Millionen gültigen Stimmen. Damit erhielt die neue Regierungskoalition im 17. Niedersächsischen Landtag lediglich einen Sitz mehr als die Oppositionsparteien. Mit diesem Ergebnis wurde eine zehnjährige schwarz-gelbe Regierungsperiode beendet.

Die CDU blieb mit 36 Prozent der Zweitstimmen (-6,5 Prozentpunkte gegenüber 2008) stärkste Partei vor der SPD (32,6 Prozent, plus 2,3 Punkte) und wiederholte ihre Wahlergebnisse der Jahre 1994 und 1998. Die SPD konnte zwar ihr schlechtestes Resultat seit 1947 leicht verbessern (2008: 30,3 Prozent). Dennoch sind die aktuellen Stimmenanteile nicht auf dem Niveau von 2003 angekommen (33,4 Prozent der Zweitstimmen). Deutlich besser für die CDU fiel der Vorsprung bei den Erststimmen aus: Die Partei konnte alle ihre 54 Parlamentssitze über Direktmandate gewinnen. Dies sind allerdings 14 weniger als vor fünf Jahren, was die Anzahl an CDU-Überhangmandaten von acht auf eins reduziert. Die SPD gewann demgegenüber 33 Wahlkreise direkt, die restlichen 16 Abgeordneten gelangten über die Landesliste in das Parlament. Drittstärkste Partei wurden die Grünen, die mit 13,7 Prozent der Zweitstimmen (+5,7 Punkte) und 20 Parlamentssitzen ihr bislang bestes Landtagswahlergebnis erzielten und nunmehr – erstmals in der Geschichte der bundesdeutschen Grünen – in einem Flächenland über eine mehr als 30-jährige dauerhafte parlamentarische Repräsentanz verfügen. Überraschend gut schnitt die FDP ab: Sie erzielte 9,9 Prozent. Hingegen verlor die Linke in Niedersachsen ebenso wie bei den Landtagswahlen 2012 in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen deutlich mehr Stimmen als erwartet und ist mit 3,1 Prozent nicht mehr im Landtag vertreten. Auch die Piraten blieben mit 2,1 Prozent der Stimmen weit entfernt von ihren guten Ergebnissen aus den Landtagswahlen im vergangenen Jahr. Die anderen kleinen Parteien erreichten insgesamt lediglich 2,6 Prozent, darunter die Freien Wähler mit 1,1 und die NPD mit 0,8 Prozent (vgl. Tabelle 1).

Die CDU hat in fast allen 87 Wahlkreisen an Zweitstimmen verloren. Lediglich im Wahlbezirk des ehemaligen Ministerpräsidenten *David McAllister* (Wesermünde) sowie im Nachbarwahlkreis Cuxhaven konnte die CDU ihre Stimmenanteile halten. Besonders hohe Verluste musste die Partei in den Hannoveraner Wahlkreisen sowie im Umfeld der Landeshauptstadt hinnehmen, in denen der SPD Spitzenkandidat sehr gut bekannt war (Hannover-Döhren, Langenhagen, Wunsdorf, Barsinghausen, Celle). Starke Verluste erlitt die Partei aber auch in Cloppenburg und Seewetal. Zu den prominentesten Wahlverlierern der CDU zählen drei ehemalige Minister (*Bernd Althusmann*, *Uwe Schünemann*, *Aygül Özkan*), die auch ihr Direktmandat verloren und somit der CDU-Fraktion im Landtag nicht mehr als Leistungsträger zur Verfügung stehen. Die SPD konnte hingegen in 82 Wahlkreisen teilweise hohe Stimmengewinne erzielen. Lediglich im Wahlkreis von *McAllister* verlor sie 3,5 Prozentpunkte im Vergleich zur Landtagswahl 2008. Die Stimmengewinne der Grünen liegen in allen Wahlkreisen gleichmäßig hoch bei vier bis sechs Prozentpunkten. Zudem erzielten sie in den meisten Universitätsstädten mit sechs bis neun Punkten überdurchschnittlich hohe Zuwächse (Braunschweig, Hannover, Lüneburg, Oldenburg, Osnabrück).

Tabelle 1: Ergebnisse der Landtagswahlen in Niedersachsen 2008 und 2013 (Zweitstimmen)

	LTW 20. Januar 2013		LTW 27. Januar 2008		Differenz (in Prozent)
	absolut	in Prozent	absolut	in Prozent	
Wahlberechtigte	6.097.697		6.087.297		
Wähler	3.620.434	59,4	3.476.112	57,1	+2,3
Gültige Stimmen	3.574.900		3.425.426		
Nichtwähler	–	40,6	–	42,9	-2,3
Stimmenverteilung					
SPD	1.165.419	32,6	1.036.727	30,3	+2,3
CDU	1.287.549	36,0	1.456.742	42,5	-6,5
Bündnis 90/Die Grünen	489.473	13,7	274.221	8,0	+5,7
FDP	354.970	9,9	279.826	8,2	+1,7
Die Linke	112.212	3,1	243.361	7,1	-4,0
Freie Wähler	39.714	1,1	17.960	0,5	+0,6
NPD	29.449	0,8	52.986	1,5	-0,7
Die Freiheit NS	11.873	0,3	–	–	–
Piraten	75.603	2,1	–	–	–
PBC	5.676	0,2	5.851	0,2	±0
Bündnis 21/RRP	2.962	0,1	–	–	–
Familie	–	–	13.325	0,4	–
Sonstige	–	–	44.427	1,3	–
Sitzverteilung					
SPD	49		48		+1
CDU	54		68		-14
Bündnis 90/Die Grünen	20		12		+8
FDP	14		13		+1
Die Linke	0		11		-11
Gesamt	137		152		

Quelle: Landesbetrieb für Statistik und Kommunikationstechnologie, Amtliche Endergebnisse der Landtagswahlen 2008 und 2013, <http://www.nls.niedersachsen.de/LW2013/000.html> (Abruf am 2. Mai 2013).

Die Wahlbeteiligung fiel mit 59,4 Prozent um 2,3 Prozentpunkte höher aus als 2008 und war damit etwa gleichauf mit der durchschnittlichen Wahlbeteiligung von 58,7 Prozent bei den 16 Landtagswahlen seit 2008.³⁰

3.1. Sozialstrukturelle Bestimmungsfaktoren des Wahlverhaltens

In der empirischen Wahlforschung wurde hinreichend belegt, dass bestimmte sozialstrukturelle Merkmale der Wählerschaft die Parteipräferenz beeinflussen.³¹ Dieser Zusammenhang

30 Eigene Berechnungen auf der Basis von Daten der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Wahl in Niedersachsen. Eine Analyse der Landtagswahl vom 20. Januar 2013, Bericht Nr. 152, Mannheim 2013.

31 Vgl. *Marc Debus*, Sozialstrukturelle und einstellungsisierte Determinanten des Wahlverhaltens und ihr Einfluss bei Bundestagswahlen im Zeitverlauf: Westdeutschland 1976 bis 2009, in: *Rüdiger Schmitt-Beck* (Hrsg.), Wählen in Deutschland, PVS Sonderheft 45, Baden-Baden 2012, S. 40 – 62.

zeigt sich partiell auch beim Wahlverhalten anlässlich der niedersächsischen Landtagswahl. So konnten SPD und CDU ihren Volksparteienstatus sowohl bei den männlichen und weiblichen Wählern als auch in allen Altersgruppen halten, die jeweils mit rund zwei Dritteln einer der beiden großen Parteien unterstützten. Auffallend sind jedoch Veränderungen im Wahlverhalten der Jungwähler. Unter den 18- bis 29-Jährigen konnte die SPD im Vergleich zur Landtagswahl 2008 zwei Prozentpunkte hinzugewinnen und ist nunmehr mit 31 Prozent stärkste politische Kraft in dieser Alterskohorte. Die CDU hat bei den Jungwählern im gleichen Zeitraum acht Prozentpunkte verloren und liegt nur noch bei 29 Prozent. Damit wählen jedoch insgesamt 60 Prozent der niedersächsischen Jungwähler eine der beiden eta-

Tabelle 2: Wahlverhalten und sozialstrukturelle Herkunft bei der Landtagswahl in Niedersachsen 2013 (in Prozent)								
	SPD		CDU		Grüne		FDP	
	2013	Diff. zu 2008	2013	Diff. zu 2008	2013	Diff. zu 2008	2013	Diff. zu 2008
Alter								
18 bis 29 Jahre	31	+2	29	-8	18	+5	6	-2
30 bis 44 Jahre	28	±0	36	-5	17	+6	8	±0
45 bis 59 Jahre	35	+3	32	-5	18	+9	7	±0
ab 60 Jahre	34	+4	40	-10	8	+5	14	+4
Geschlecht								
männlich	32	+4	35	-7	12	+5	11	+2
weiblich	33	+1	37	-5	16	+6	9	+2
Bildung								
Hochschulabschluss	22	-1	33	-4	24	+7	14	+1
Hochschulreife	29	+1	33	-6	20	+7	10	+1
Mittlere Reife	34	+5	36	-9	12	+7	9	+1
Hauptschule	40	+3	41	-3	7	+4	7	±0
Tätigkeit								
Arbeiter	40	+3	33	-3	10	+6	7	+1
Angestellte	33	+2	35	-6	15	+6	9	+2
Beamte	31	±0	33	-5	17	+6	13	+3
Landwirte	8	±0	66	-11	5	+2	18	+10
Selbständige	17	+2	41	-13	17	+9	18	+1
Arbeitslose	39	+6	18	-6	17	+11	6	+3
Rentner	32	+3	34	-8	17	+5	9	+4
Konfession								
Katholisch	22	+2	53	-4	10	+4	10	+2
Evangelisch	36	+3	35	-7	14	+6	9	+1
keine	32	+3	25	-5	20	+7	9	-1
Gewerkschaft								
Mitglieder	47	+3	24	-4	14	+7	5	±0
Nichtmitglieder	30	+3	38	-8	14	+5	11	+2

Quelle: Eigene Zusammenstellung basierend auf Forschungsgruppe Wahlen e.V., a.a.O. (Fn. 30), S. 80 – 85.

blierten Parteien. Während die SPD im Vergleich zu 2008 in nahezu allen Altersgruppen einen teilweise recht hohen Zulauf an neuen Wählern verbuchte, musste die CDU vergleichsweise hohe Verluste insbesondere bei den älteren Wählern hinnehmen (-10 Punkte). Vermutlich haben gerade diese Wähler aus strategischen Gründen ihre Stimme „leihweise“ an die FDP vergeben, denn der Stimmenzuwachs der FDP bei den über 60-Jährigen ist ebenfalls auffallend hoch. Die grünen Wahlerfolge basieren hingegen zu etwa gleichen Anteilen – mit Ausnahme der über 60-jährigen Wählerschaft – auf allen Alterskohorten.

Auch in Bezug auf die berufliche Tätigkeit, die konfessionelle Herkunft und das gewerkschaftliche Engagement sind die Grünen mittlerweile in nahezu allen Gruppen verankert. Eine Ausnahme bilden lediglich die Landwirte. Damit sind Bündnis 90/Die Grünen nach der Landtagswahl 2013 als Volkspartei im niedersächsischen Parteiensystem angekommen. Die SPD konnte die in den Landtagswahlen 2003 und 2008 an die CDU verlorenen Stimmen aus der Arbeiterschaft und unter den Arbeitslosen zurückgewinnen und damit erneut ihre traditionelle Bindekraft in diesen Gruppen nachweisen. Die Unterstützung der Angestellten und Beamten sowie der Rentner verteilt sich relativ gleichmäßig auf die beiden etablierten Parteien, während die CDU und die FDP eindeutig die Klientelpartei für die Landwirte und die Selbständigen in Niedersachsen sind: Rund 84 Prozent der Landwirte und 59 Prozent der Selbständigen unterstützen die bürgerlich-liberalen Parteien. Auch in Bezug auf die Religions- und die Gewerkschaftszugehörigkeit bestätigen sich die traditionellen Befunde der Wahlforschung. Erwartungsgemäß votierte mehr als die Hälfte der katholischen Wählerschaft für die CDU, während nahezu die Hälfte der Gewerkschaftsmitglieder die SPD präferierte (vgl. Tabelle 2).

3.2. Politische Bestimmungsfaktoren des Wahlergebnisses

Nach Umfrageergebnissen von Infratest Dimap in Niedersachsen bestand seit Mai 2012 ein klarer Vorsprung des rot-grünen gegenüber dem schwarz-gelben Lager.³² Dieser Trend veränderte sich in den letzten Monaten vor der Wahl. So unterstützen im Januar 2013 nur noch 47 Prozent der Befragten die SPD und die Grünen, während sich bereits 44 Prozent für eine Wahl von CDU und FDP aussprachen, wobei für die Liberalen lediglich vier Prozent der Stimmen und damit der Auszug aus dem Landtag prognostiziert wurde. Die öffentliche Debatte um diesen knappen Wahlausgang führte dazu, dass die CDU – wie oben dargelegt – gegenüber ihren Stammwählern suggestiv auf die Bedeutung der FDP als kleinen Koalitionspartner hinwies. Dies hatte zur Folge, dass vor allem ältere CDU-Wähler in den ländlichen Wahlbezirken ihre Zweitstimme der FDP gaben, die dadurch einen unerwartet hohen Stimmenanteil erzielte. Der offenkundige Last-Minute-Leihstimmen-Transfer im schwarz-gelben Lager, der natürlich offiziell nicht so benannt wurde, war zweifellos für die massiven Verluste der CDU verantwortlich.

Ein politisches Ereignis, das letztlich auch zum Ende der schwarz-gelben Regierungskoalition führte, war der Aussieg von Finanzminister *Hartmut Möllring* aus der aktiven Landespolitik. Nach der *Wulff*-Affäre wollte er nicht länger auf Landesebene tätig sein.

32 Vgl. Infratest Dimap, a.a.O. (Fn. 14).

Als prominenter Politiker hatte er 2008 sein Landtagsmandat im Wahlkreis Hildesheim mit 40,2 Prozent der Erststimmen direkt gewonnen. Ein Wahlsieg wäre ihm auch 2013 sicher gewesen. Sein völlig unbekannter Nachfolger *Frank Thomas Wodsack* verlor jedoch den Wahlkreis an seinen Konkurrenten *Bernd Lynak* (SPD) mit einer Differenz von lediglich 334 Erststimmen. Zugespitzt kann man formulieren, dass die neue Regierungskoalition somit ihren hauchdünnen Wahlsieg dem geringen Wählerstimmenvorsprung der SPD im Wahlkreis Hildesheim zu verdanken hat, in dem auch viele Studierende die von ihnen aufzubringenden Studienbeiträge mit der schwarz-gelben Koalition abwählten. Seit April 2013 ist *Hartmut Möllring* erneut in der Landespolitik tätig, allerdings in Sachsen-Anhalt als Minister für Wissenschaft und Wirtschaft, was einige führende niedersächsische Politiker stark irritiert und zu der Aussage veranlasst hat, dass er dann auch in Hannover Finanzminister hätte bleiben können.³³

Das hohe Wahlergebnis für die FDP ist einerseits auf die Leihstimmen der CDU-Wählerschaft zurückzuführen, die sich eine Fortführung der schwarz-gelben Koalition unter dem alten CDU-Ministerpräsidenten gewünscht hatte. Damit wird deutlich, dass ein Großteil des bürgerlichen Lagers die Liberalen nicht abgeschrieben hat, sondern immer noch als Mehrheitsbeschaffer für die CDU sieht. Andererseits haben die niedersächsischen Wähler offenbar die Landtagswahl nicht zur Abstimmung über die Zukunft von FDP-Parteichef *Philipp Rösler* gemacht, was durch die Äußerung des Fraktionschefs *Rainer Brüderle* über die schnelle personelle Erneuerung der FDP-Führungsspitze zwei Tage vor der Landtagswahl öffentlich angesprochen wurde.

Das Wahlergebnis der SPD gründet sich zweifellos auf die hohe Zufriedenheit der Wählerschaft mit der rot-grünen Bildungs- und Familienpolitik. In beiden Politikfeldern hatten die Sozialdemokraten vergleichsweise hohe Kompetenzwerte.³⁴ Hinzu kam, dass die SPD bei den Wählern als „glaubwürdig“ und „bürgernah“ wahrgenommen wurde.³⁵ Die unerwartet hohen Verluste der SPD in den Meinungsumfragen der letzten Monate vor der Wahl sind insbesondere auf die öffentlichen Einlassungen des neu gewählten SPD-Kanzlerkandidaten *Peer Steinbrück* zurückzuführen. Seine verbalen Eskapaden zu Politikgehältern und Weinpreisen haben der niedersächsischen SPD sicher geschadet.

Die Wahlerfolge der Grünen sind sowohl Ergebnis der niedrigen Akzeptanzwerte der SPD auf Bundesebene als auch der gezielten Thematisierung neuer Politikfelder sowie klarer Aussagen zu Gunsten einer rot-grünen Koalition. So setzte Bündnis 90/Die Grünen im Wahlkampf auch einen Akzent auf jene Themenfelder, die bislang von den etablierten Parteien, vor allem von den Sozialdemokraten, vertreten wurden (Bildungspolitik; soziale Gerechtigkeit). Diese Schwerpunktsetzung signalisierte eindeutig die politische Nähe zur SPD und untermauerte damit glaubwürdig die sehr frühzeitige Aussage für ein rot-grünes Koalitionsbündnis. In der Summe haben diese Rahmenbedingungen zu einer starken Mobilisierung der rot-grünen Wählerschaft geführt. Schließlich begünstigten auch die schlechten Wahlergebnisse der Linkspartei und der Piraten unterhalb von fünf Prozent eine Stimmenkonzentration für SPD und Grüne.

33 Interview mit einem ehemaligen Staatssekretär der CDU/FDP-Landesregierung am 8. April 2013.

34 Vgl. Forschungsgruppe Wählen e.V., a.a.O. (Fn. 18).

35 Vgl. Infratest Dimap, a.a.O. (Fn. 15).

3.3. Bundespolitische Auswirkungen des Wahlergebnisses

Unter den Sozialdemokraten auf Bundesebene sorgte das niedersächsische Wahlergebnis für Entspannung und Rückenwind. In einer aktuellen Umfrage unmittelbar nach der Wahl legte die Partei sogar um zwei Prozentpunkte zu.³⁶ Auch die Grünen haben mit ihrem großen Erfolg die Arbeit der Bundespartei gestärkt und ihre Chancen für die Bundestagswahl verbessert. Die FDP ging ebenfalls gestärkt aus dieser Wahl hervor. *Rösler*, der kurz vor der Wahl noch unter starker Kritik seines innerparteilichen Widersachers *Rainer Brüderle* stand, interpretierte den Wahlsieg als einen persönlichen Erfolg und festigte damit seine innerparteiliche Stellung auf Bundesebene. Für die Unionsparteien kommen die vergleichsweise hohen Verluste acht Monate vor der Bundestagswahl und den Landtagswahlen in Hessen und Bayern zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt.

Die Abwahl der CDU/FDP-Regierung in Niedersachsen hatte auch den Verlust von sechs Stimmen des schwarz-gelben Lagers im Bundesrat zur Folge. Erstmals seit 14 Jahren besteht dort nunmehr wieder eine „linke Mehrheit“ (SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke, SSW). Diese wollen SPD und Grüne nutzen, um ihre politischen Interessen mittels eigener Gesetzesvorlagen durchzusetzen und die Initiativen der Bundesregierung in der Länderkammer gegebenenfalls zu blockieren, was die Kanzlerin in der Endphase der Regierungsperiode handlungsunfähig machen könnte (Lame-duck-Situation). Allerdings ist Rot-Grün dabei auf die Stimmen der Linken angewiesen, was die Wahlkampfstrategen von CDU und FDP dazu veranlassen könnte, im Bundestagswahlkampf eine neue „Rotfront“- beziehungsweise „Rote-Socken“-Kampagne zu lancieren. Insofern ist nicht klar, ob und wie die „linke Mehrheit“ im Bundesrat ihre Rolle nutzen wird.

4. Regierungs- und Oppositiionsbildung

28 Tage nach der Wahl stellten der designierte SPD-Ministerpräsident *Stephan Weil* und der zukünftige stellvertretende Ministerpräsident und neue Umweltminister *Stefan Wenzel* (Bündnis 90/Die Grünen) den zwischen beiden Regierungsparteien ausgehandelten 93-seitigen Koalitionsvertrag mit dem programmativen Titel „Erneuerung und Zusammenhalt. Nachhaltige Politik für Niedersachsen“ der Öffentlichkeit vor.

Um zu dieser Regierungsvereinbarung zu gelangen, wählten die Koalitionspartner ein zweistufiges Verfahren. Ab dem 23. Januar 2013 erstellten in einem ersten Schritt zunächst Facharbeitsgruppen unter Leitung der jeweiligen Experten beider Koalitionäre themenbezogene Entwurfstexte. Diese bildeten dann im zweiten Schritt ab dem 1. Februar 2013 die Grundlage für die Verhandlungen in der eigentlichen Koalitionsrunde, die sich aus den Landes- und Bezirksvorsitzenden beider Parteien, Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden der Landtagsfraktionen, einflussreichen Abgeordneten und zukünftigen Regierungsmitgliedern zusammensetzte. Aufgrund des hochgradig professionalisierten Verfahrens und der harmonischen Stimmung konnte bereits nach acht Verhandlungstagen ein bodenständiges, weitgehend unspektakuläres Ergebnis erzielt werden.³⁷

36 Vgl. Infratest Dimap, a.a.O. (Fn. 10).

37 Vgl. *Ulrich Exner*, Rot-Grün im Hauruck-Verfahren, in: Die Welt vom 11. Februar 2013, S. 5.

Dabei schnitten Bündnis 90/Die Grünen mit vier zugesprochenen Ressorts vor dem Hintergrund ihres Wahlergebnisses überproportional gut ab. Um das Sozialministerium nach tradiertener Lesart als sozialdemokratisches Kernressort in den Reihen der SPD halten zu können, sprach *Weil* das Wissenschaftsministerium den Grünen zu. Folglich musste die langjährige wissenschaftspolitische Sprecherin und designierte Wissenschaftsministerin *Gabriele Andretta* auf das Ministeramt verzichten. Das gute Abschneiden der Grünen bei der Ressortverteilung ermöglichte ihnen ein Entgegenkommen bei strittigen Infrastrukturprojekten. Demnach werden die Autobahnen A 20 und A 39 weiter, wenn auch nicht mit der erhöhten Priorität wie zu schwarz-gelben Regierungszeiten, geplant.

Am 19. Februar 2013 wurde *Stephan Weil* vom Landtag mit einer Stimme Mehrheit zum neuen Ministerpräsidenten gewählt. Die rot-grüne Koalition meisterte diese erste mit Spannung erwartete Abstimmung souverän und bewies damit den eindeutigen Willen zur Übernahme der Regierungsverantwortung. In seiner 47-minütigen Regierungserklärung legte der neue Ministerpräsident dar, dass er die Bewältigung des demografischen Wandels zu einem wichtigen Schwerpunkt seiner Arbeit machen würde. Bemerkenswert dabei ist, dass er dieses Kernproblem des Landes Niedersachsen so deutlich beschrieb wie keiner seiner Vorgänger. Um dem demografischen Wandel entgegenzuwirken, stellte er eine regionale Landesentwicklung in Aussicht, die passgenau mit einer neuausgerichteten und in sich verzahnten EU-Förderpolitik einhergehen soll. So sollen insbesondere die wirtschaftsschwachen Gebiete in Südostniedersachsen stabilisiert werden. Zudem setzte *Weil* in seiner Rede deutliche Akzente auf die Familienpolitik (bedarfsgerechte Krippenplätze), die Bildungspolitik (Abschaffung der Studiengebühren, Ausbau der Gesamtschulen), das Gelingen der Energiewende und die Energiepolitik (Ausschluss Gorlebens als atomares Endlager), eine sanfte Agrarwende sowie auf die Einführung einer Schuldenbremse auf Landesebene. Jenseits dieser landespolitischen Themen verkündete er, dass sich die Landesregierung sehr aktiv in die Bundespolitik einmischen werde. Hier verwies er explizit auf Bundesratsinitiativen, um den Spitzensteuersatz anzuheben und somit Finanzmittel für Bildungsinvestitionen einzunehmen.³⁸

Das neue Kabinett besteht aus neun Ministern, deren Ressorts sich im Zuschnitt nicht wesentlich von denen ihrer Vorgänger unterscheiden. Diese Situation ist einer frühen Festlegung in der Verhandlungsführung geschuldet, die bereits für die Gespräche in den Facharbeitsgruppen den bestehenden Ressortrahmen zog. Daher konnte ein Infrastrukturministerium für Europa, Regionale Entwicklung und Landwirtschaft, wie es im Wahlkampf von Seiten der SPD massiv gefordert wurde, nicht realisiert werden. Stattdessen wurde dem grünen Agrarexperten *Christian Meyer* ein klassisches Agrarressort im Sinne eines Klientelministeriums zugewiesen und die Aufgaben Koordination der EU-Förderung und Landesentwicklung in die Staatskanzlei verlagert. Hier sind zukünftig auch die vier Landesbeauftragten für regionale Entwicklung mit ihren Behördenapparaten organisatorisch verortet. Zudem wurde im Geschäftsbereich der Staatskanzlei die Landesbeauftragte *Doris Schröder-Köpf* für Migration und Teilhabe mit einem Arbeitsstab angesiedelt.

Erstmals in der Geschichte Niedersachsens wurden vier Frauen in Ministerämter berufen, davon zwei aus der SPD und zwei von den Grünen. Damit wurde der Frauenanteil unter den Ministerpositionen im Vergleich zur vorherigen Wahlperiode um 100 Prozent erhöht.

38 Vgl. *Stephan Weil*, Erneuerung und Zusammenhalt – nachhaltige Politik für Niedersachsen. Regierungserklärung aus Anlass der Konstituierenden Sitzung des Niedersächsischen Landtages am 19. Februar 2013 in Hannover.

Tabelle 3: Die niedersächsische Landesregierung nach der Landtagswahl 2013 (Stand: Mai 2013)

Ministerpräsident (Staatskanzlei)	<i>Stephan Weil</i> (55, SPD)
Ministerium für Inneres und Sport	<i>Boris Pistorius</i> (53, SPD)
Ministerium für Finanzen	<i>Peter-Jürgen Schneider</i> (66, SPD)
Ministerium für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration	<i>Cornelia Rundt</i> (60, SPD)
Ministerium für Wissenschaft und Kultur	<i>Dr. Gabriele Heinen-Kljajic</i> (51, Bündnis 90/Die Grünen)
Ministerium für Kultus	<i>Frauke Heiligenstadt</i> (47, SPD)
Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr	<i>Olaf Lies</i> (46, SPD)
Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	<i>Christian Meyer</i> (38, Bündnis 90/Die Grünen)
Ministerium für Justiz	<i>Antje Niewisch-Lennartz</i> (61, Bündnis 90/Die Grünen)
Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz	<i>Stefan Wenzel</i> , Stellvertretender Ministerpräsident (51, Bündnis 90/Die Grünen)
Quelle: Eigene Zusammenstellung.	

Im neuen Kabinett sind demnach 44 Prozent der Ministerämter von Frauen und 66 Prozent von Männern besetzt. Von den insgesamt neun Ministern verfügt lediglich *Peter-Jürgen Schneider* über Regierungserfahrungen auf Landesebene, drei sind politische Quereinsteiger ohne parlamentarische Erfahrung (*Pistorius, Niewisch-Lennartz, Rundt*), zwei Minister waren zuvor nur eine Wahlperiode im Parlament (*Lies, Meyer*). Lediglich vier Regierungsmitglieder hatten vor Amtsantritt zehn oder mehr Jahre ein Abgeordnetenmandat im Niedersächsischen Landtag inne. Auch der Ministerpräsident kann keine Regierungserfahrung auf Landesebene vorweisen. Nach seiner Zeit als Richter und Staatsanwalt war er von 1994 bis 1997 im Justizministerium, von 1997 bis 2006 als Stadtkämmerer und von 2006 bis 2013 als Oberbürgermeister der Stadt Hannover tätig. Die ehemalige Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Fraktion *Johanne Modder* wurde zur neuen Fraktionsvorsitzenden und *Grant Hendrik Tonne* zum Parlamentarischen Geschäftsführer der SPD gewählt. Bei den Grünen wurde die ehemalige Vorsitzende des Landesverbands Niedersachsen *Anja Piel*, die erstmals 2013 als Abgeordnete in den Landtag einzog, direkt als Fraktionsvorsitzende gewählt. Parlamentarischer Geschäftsführer wurde *Helge Limburg*.

In der CDU bleibt der ehemalige Ministerpräsident *David McAllister* Landesvorsitzender und übernimmt kein führendes Amt in der Landtagsfraktion. Dies deutet darauf hin, dass er mittelfristig eine Beschäftigung außerhalb des niedersächsischen Parlaments anstrebt. In ihrem Amt bestätigt wurden *Björn Thümler* als Fraktionsvorsitzender und *Jens Nacke* als Parlamentarischer Geschäftsführer. Auch in der FDP-Fraktion gab es keine Veränderung in der Geschäftsführung. *Christian Dürr* bleibt Fraktionsvorsitzender und *Christian Grascha* wurde im Amt des Parlamentarischen Geschäftsführers bestätigt. Personelle Wechsel sind in der CDU-Fraktion bereits im Herbst 2013 zu erwarten. Es ist damit zu rechnen, dass zahlreiche ihrer Abgeordneten nicht auf den Oppositionsbänken verbleiben wollen und stattdessen bei den anstehenden Landratswahlen – wahrscheinlich mit Erfolg – kandidieren werden. Dies würde Raum schaffen für Nachrücker auf der Landesliste, beispielsweise für den ehemalige CDU-Kultusminister *Althusmann*. Der ausgeschiedene Justizminister *Bernd Busemann* (MdL seit 1994) wurde am 19. Februar 2013 zum Landtagspräsidenten gewählt.

5. Zusammenfassung

- (1) Nach einem Kopf-an-Kopf-Rennen in den letzten Tagen des Wahlkampfs gewann das rot-grüne Lager unter Führung des SPD-Spitzenkandidaten *Stephan Weil* die Wahl nur sehr knapp mit einer Stimme Mehrheit im Niedersächsischen Landtag (69 zu 68 Mandate). Mit diesem Wahlergebnis wurde die zehnjährige schwarz-gelbe Koalition durch eine rot-grüne Regierung abgelöst.
- (2) Trotz des Wahlsiegs verbuchte die SPD ihr zweitschlechtestes Ergebnis in der Nachkriegsgeschichte. Die CDU erlitt bei den Zweitstimmen (wie schon bei der Landtagswahl 2008) erneut starke Verluste, wurde jedoch stärkste Fraktion im Niedersächsischen Landtag.
- (3) Bündnis 90/Die Grünen erzielten den größten Erfolg seit ihrem ersten Einzug in den Landtag 1982, wo sie nunmehr seit über 30 Jahren kontinuierlich vertreten sind. Die FDP schnitt unerwartet gut ab, während die Linke und die Piraten an der Fünfprozent-hürde scheiterten. Damit scheidet die Linke sukzessive aus den westdeutschen Landesparlamenten aus und wird wieder zur ostdeutschen Regionalpartei. Der Hype um die Piraten ist (vorerst) vorüber, und die Partei erscheint in einem desolaten Zustand. Damit besteht der Landtag nur noch aus vier Fraktionen. Die Anzahl der Mandate ist von 152 (2008) auf 137 (2013) gesunken.
- (4) Die Wahlbeteiligung ist erstmals wieder gestiegen und erreicht ein durchschnittliches Niveau im Vergleich zu den Landtagswahlen seit 2003.
- (5) Die neue rot-grüne Regierungskoalition besteht (mit Ausnahme des Finanzministers *Peter-Jürgen Schneider*) aus Politikern ohne Regierungs- und teilweise auch ohne parlamentarische Erfahrung. Wichtige Schlüsselpositionen in der Regierung sind mit Personen besetzt, die zuvor auf kommunaler Ebene tätig waren. Diese Tatsache wird Einfluss auf das Regierungshandeln haben.
- (6) Die Landtagswahl hat nicht nur zum Regierungswechsel in Niedersachsen geführt, sondern auch den „linken Parteien“ im Bundesrat zu einer Stimmenmehrheit verholfen. Dies könnte das Regieren der bürgerlich-liberalen Parteien auf Bundesebene im Vorfeld der anstehenden Bundestagswahl 2013 nachhaltig erschweren.
- (7) In den politischen Parteien und einigen Medien auf Bundesebene wurde der Wahlausgang in Niedersachsen als „Stimmungsbarometer“ für die Bundestagswahl im September 2013 gesehen. Vor dieser Ansicht muss deutlich gewarnt werden, denn die Wahlergebnisse im ländlich geprägten Niedersachsen sind keinesfalls repräsentativ für die bundesrepublikanische Wahlbevölkerung.